

## Entschließung

Der Bundeskanzler wird ersucht, die Beteiligung Österreichs an dem Gemeinschaftsprogramm zum Schutz von Kindern bei der Nutzung des Internets und anderer Kommunikationstechnologien weiter zu führen (Saferinternet.at), bestehende diesbezügliche nationale Projekte auszubauen (z.B. <http://www.stopline.at>) und allenfalls neue Projekte im Rahmen dieses Gemeinschaftsprogramms zur Finanzierung bei der EU-Kommission einzureichen.